

Geschäftsführung
Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungssteuerung, Ausschuss
für Ordnung, Sicherheit und
Sauberkeit

Es informiert Sie	Sabrina Schramm
Telefon (0202)	563 - 6251
Fax (0202)	563 - 4742
E-Mail	fa.btm.azd@stadt.wuppertal.de
Datum	25.09.2009

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung sowie zu TOP 1 gemeinsam mit dem Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit (SI/7871/09) am 15.09.2009

Anwesend sind:

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Vorsitz

Herr Klaus Jürgen Reese

von der CDU-Fraktion

Herr Horst Hombrecher, Frau Silvia Kaut, Herr Wilfried Josef Klein, Herr Jan Phillip Kühme, Herr Arnold Norkowsky

von der SPD-Fraktion

Herr Volker Dittgen, Frau Renate Warnecke, Herr Oliver Zier

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller

von der Ratsgruppe DIE LINKE

Herr Gerd-Peter Zielezinski

als sachkundige Einwohner/in

Herr Wilfried Michaelis

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Burckhard Block, Frau Sylvia Hübler, Herr Alfred Lobers, Herr Rolf-Peter Paßmann, Herr Dr. Johannes Slawig, Herr Hans-Jürgen Stratmann

Schriftführerin

Frau Sabrina Schramm

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Klaus Gericke, Frau Dorothea Glauner, Herr Bernhard Simon

von der SPD-Fraktion

Frau Christine Behle, Frau Barbara Dudda-Dillbohner

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Peter Vorsteher

von der Bildungsoffensive für Wuppertal

Herr Peter L. Engelmann

von der WfW-Fraktion

Herr Dr. Günter Schiller

als sachkundige Einwohner/in

Herr Dietmar Bell, Herr Karl-Heinz Ernst

Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Wilfried Josef Klein

von der CDU-Fraktion

Frau Andrea Winterhager

von der SPD-Fraktion

Herr Karlheinz Emmert, Herr Thomas Kring

als sachkundige Bürger/in

Herr Wilfried Michaelis

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Gerta Siller

von der Ratsgruppe FDP

Herr Manfred Todtenhausen

berat. Arbeitnehmervertreter

Herr Martin Bröcker

als sachkundige Einwohner/in

Herr Guido Blass

vom Personalrat

Herr Jörg Beier

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Beig. Thomas Uebrick, Herr Herbert Auer

Nicht anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Herr Fabian Bleck, Herr Jürgen Heinemann, Herr Günter Pott, Herr Rainer Spiecker

als fraktionsloses Mitglied

Herr Christoph Grüneberg

berat. Arbeitnehmervertreter

Herr Uwe Meyer, Herr Reinhard Steins

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Herr Christian Jageregger

als sachkundige Bürger/in

Herr Detlef-Roderich Roß

als sachkundige Einwohner/in

Herr Michael Klein

Schriftführerin:

Sabrina Schramm

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

Herr Stv. Reese begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und die Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit mit dem Vorsitzenden Stv. Wilfried Josef Klein. Er erläutert, dass es sich bei dem ersten Tagesordnungspunkt um eine gemeinsame Ausschusssitzung handelt. Die Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes erfolgt durch die jeweiligen Vorsitzenden getrennt voneinander, beginnend mit der Abstimmung des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit.

I. Öffentlicher Teil

**1 Zusammenlegung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter der drei bergischen Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal
Vorlage: VO/0595/09**

Auf Nachfrage von Stv. Siller erläutern Herr Dr. Slawig und Herr Uebrick, dass sich die Zusammenlegung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter nicht nachteilig für die Qualität und Quantität der Aufgabenerledigung auswirkt. Es wird keine Reduzierungen geben, die zur Lasten des Verbraucherschutzes gehen. Die Einsparungen werden lediglich im Verwaltungsbereich erfolgen, da durch einen gemeinsamen Standort Synergieeffekte eintreten. Darüber hinaus wird die Kooperation von der jeweiligen Fachpersonalausstattung der drei Städte profitieren, so dass insgesamt die Qualität verbessert werden kann.

Frau Stv. Siller vermisst in der Vorlage die Darstellung einer bei Projekten dieser Art übliche Anschubfinanzierung. Herr Dr. Slawig verweist darauf, dass hier ein Gebäude angemietet wird und die anfallenden Herrichtungskosten über die Mietzahlung abgegolten werden.

Die Frage von Herrn Stv. Emmert nach dem erfolgten Vergleich mit der Stadt Dortmund wird dahingehend beantwortet, dass es sich bei diesem Vergleich

lediglich um eine Hilfsgröße bzw. einen Anhaltspunkt handelt, der herangezogen wurde, um zu verdeutlichen, dass eine angemessene Personalausstattung für die Aufgabenerfüllung vorhanden ist.

Auf die Frage von Frau Stv. Siller nach der Leitung der Kooperation informiert Herr Dr. Slawig, dass Herr Kurth (zur Zeit Abteilungsleiter des SB Feuerwehr der Stadt Wuppertal) diese Funktion übernehmen wird.

Abschließend bittet Herr Stv. Reese die Verwaltung innerhalb eines angemessenen Zeitraumes von ca. 12-18 Monaten einen Bericht über die Entwicklung vorzulegen, um ggf. Optimierungsmöglichkeiten zu finden und Nachsteuerungsmöglichkeiten ergreifen zu können. Aus diesem Grund wird der Beschlussvorschlag um diesen Punkt unter Nr. 7 ergänzt.

Beschluss vom 15.09.2009:

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Wuppertal beschließt:

1. Die in dem anliegenden Aufgaben-/Leistungskatalog (Anlage 1) beschriebenen Aufgaben des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung nimmt ab dem 01.01.2010 die Stadt Solingen in einem eigenständigen Dienst / Amt für die kreisfreien Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal wahr.
2. Dieser Dienst / dieses Amt erhält die Bezeichnung „Bergisches Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (BVLA)“.
3. Für die kommunale Zusammenarbeit wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten Remscheid, Solingen und Wuppertal gem. § 3 Abs. 2 Satz 2, Abs. 5 Satz 1 GO NRW i. V. m. §§ 1 und 23 ff GkG geschlossen (Anlage 2).
4. Dem Bergischen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt werden 28,39 Vollzeitstellen zur Verfügung gestellt. Hiervon stellt die Stadt Remscheid 5,00 Vollzeitstellen, die Stadt Solingen 7,50 Vollzeitstellen und die Stadt Wuppertal 14,89 Vollzeitstellen mit den unter Punkt 6.3 dieser Vorlage dargestellten Funktionen mit den derzeitigen Stellenbewertungen. Für den Leiter / die Leiterin des Amtes / Dienstes wird eine Stelle der Bes. Gr. A 15 BBO / Entgeltgruppe EG 15 TVöD eingerichtet, die von der Stadt gestellt wird, bei der der Leiter / die Leiterin beschäftigt ist. Die Verrechnung der Kosten für diese Stelle erfolgt, wie die Verrechnung aller Kosten, nach dem Einwohnerzahlenschlüssel. Die stellenplanmäßigen Auswirkungen sind von den Verwaltungen in die Stellenpläne 2010 einzuarbeiten und den Räten rechtzeitig zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die Städte Remscheid und Wuppertal stellen die Tarifbeschäftigten der Stadt Solingen zur Arbeitsleistung. Die Beamten werden von den Städten Remscheid und Wuppertal zur Stadt Solingen abgeordnet. Einzelheiten werden vertraglich geregelt.
6. Mit der Zusammenlegung der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter ist eine Kosteneinsparung von insgesamt 336.500 EUR für die drei Städte zu realisieren.
7. Die Verwaltung wird beauftragt innerhalb eines angemessenen Zeitraumes von ca. 12-18 Monaten einen Bericht über die Entwicklung

vorzulegen, um ggf. Optimierungsmöglichkeiten zu finden und Nachsteuerungsmöglichkeiten ergreifen zu können.

Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung, Hauptausschuss und Rat die Vorlage in ergänzter Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat die Vorlage in ergänzter Form zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Klaus Jürgen Reese
Vorsitzender

Wilfried Josef Klein
Vorsitzender

Sabrina Schramm
Schriftführerin

Die gemeinsame Sitzung endet um 16.25 Uhr. Die Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit verlassen den Sitzungssaal. Ab diesem Zeitpunkt tagt der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Teil A - Angelegenheiten der Beteiligungssteuerung

2 Jahresabschlüsse

2.1 Jahresabschluss 2008 der Stadtparkasse Wuppertal Vorlage: VO/0566/09

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Frau Stv. Warnecke, Herr Stv. Zier sowie Frau Stv. Kaut nehmen gem. § 31 GO NW an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 2.2 Jahresabschluss 2008 für die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal - stationärer Bereich und Nebenbetrieb Fachbereich Senioren und Freizeit -
Vorlage: VO/0515/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

- 2.3 Jahresabschluss der Historische Stadthalle Wuppertal GmbH für das Geschäftsjahr 2008
Vorlage: VO/0600/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss beschließt die Vorlage ungeändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 2.4 Jahresabschluss des Zweckverbandes Bergische Volkshochschule für das Geschäftsjahr 2008
Vorlage: VO/0603/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 2.5 Jahresabschluss 2008 der Technologiezentrum Wuppertal W-tec GmbH
Vorlage: VO/0559/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

3 Entlastungen

- 3.1 Entlastung des Betriebsausschusses der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal für das Geschäftsjahr 2008
Vorlage: VO/0602/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Herr Stv. Hombrecher, Herr Stv. Norkowsky und Herr Stv. Klein nehmen gem. § 31 GO NW an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 4 Wirtschaftspläne**
- 5 Personelle Angelegenheiten**
- 6 Allgemeine Vorlagen**
- 6.1 Konkretisierung der Betrauung der WSW mobil GmbH mit
gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im ÖPNV auf dem Gebiet der Stadt
Wuppertal
Vorlage: VO/0553/09**

Der Vertreter der WSW mobil GmbH, Herr Dr. Hoffmann, bejaht die Frage von Herrn Stv. Zielezinski, ob es sich bei den Personalkosten je Fahrer und Jahr aus der Anlage 2 S.12 bzw. aus der Anlage 4b der Drucksache zu TOP 6.2 mit der Bezeichnung Referenzentgelt um die Tarifverträge für öffentlichen Personennahverkehr (TV-N) handelt.

Herr Stv. Zielezinski hinterfragt, ob der Passus in der Anlage 3 S. 7 Nr. 2 „Omnibus“ unter dem Punkt Infrastruktur deshalb enthalten ist, um dem EU-Recht zu entsprechen. Herr Stv. Reese bestätigt dies.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 6.2 Konkretisierung der Betrauung im Rahmen des Finanzierungssystems des
VRR
Vorlage: VO/0568/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 6.3 Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes EKOCity
Vorlage: VO/0594/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

- 6.4 Wahl der Ausschussmitglieder zum Betriebsausschuss Gebäudemanagement Wuppertal
Vorlage: VO/0607/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 6.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wuppertal Marketing GmbH
Vorlage: VO/0606/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss beschließt die Vorlage ungeändert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

- 6.6 Änderung der Satzung der Stadtparkasse Wuppertal
Vorlage: VO/0560/09**

Herr Stv. Zielezinski bittet um weitere Erläuterung zu der Vertretungsregelung im § 6 der neuen Satzung. Herr Dr. Slawig erklärt, dass es sich hierbei um eine rechtliche Regelung der Außenvertretung der Stadtparkasse Wuppertal handelt und damit eine Ermächtigung für den Vorstand geschaffen wird, einzelnen Vorstandsmitgliedern und insbesondere anderen Beschäftigten Vertretungsrechte einzuräumen.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

7 Berichte und Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

Teil B - Finanzangelegenheiten

13 Berichtsvorlagen

13.1 Jahresergebnisprognose 2009 Vorlage: VO/0584/09

Herr Dr. Slawig ergänzt, dass diese Jahresergebnisprognose die Verschlechterung der vergangenen Prognose aus dem Monat Juni 2009 bestätigt und einen Fehlbetrag von rd. 220 Mio. € für das Jahr 2009 ausweist. Demnach ist keine weitere Verschlechterung eingetreten, jedoch ist eine Aufwärtsentwicklung derzeit nicht erkennbar. Im Falle einer positiven konjunkturellen Entwicklung, werden für das Jahr 2010 höhere Steuereinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer prognostiziert. Allerdings werden für 2010 deutlich gestiegene Kosten für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II (Hartz IV) im Bereich der Kosten der Unterkunft erwartet. Diese resultieren aus dem Anstieg der Fallzahlen der Bedarfsgemeinschaften und einem neuen Verteilungsschlüssel zwischen Bund und Kommune, bei dem eine Entlastung des Bundes erfolgt.

Herr Dr. Slawig hofft, dass aufgrund der bundesweiten negativen Entwicklung das Bewusstsein auf Bundes- bzw. auf Landesebene für die außerordentlich schlechte Lage der Kommunen steigt und daraus Bewegung bei der kommunalen Finanzreform resultiert.

Herr Stv. Reese bedankt sich bei der Verwaltung für die zeitnahe und exakte Information über die wirtschaftliche Lage. Dies zeige, dass die Überwachungsinstrumente der Wuppertaler Finanzverwaltung funktionieren.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

13.2 Stand der Schulden und Kassenkredite zum 31.08.2009, Ausblick auf den Kassenkreditbedarf 2009 Vorlage: VO/0587/09

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Beschluss entgegen.

13.3

Weitere Berichte zur aktuellen Haushaltssituation

- 1. Vorgaben der Kommunalaufsicht zur Personalwirtschaft**
- 2. Einstellung von Auszubildenden im Jahr 2010**
- 3. Modellrechnung Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2010**
- 4. Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht**

Herr Dr. Slawig nimmt Bezug zu der ausgelegten Tischvorlage hinsichtlich der Vorgaben der Kommunalaufsicht zur Personalwirtschaft und erläutert, dass die Stadt Wuppertal, aufgrund der Verschlechterung der Haushaltslage, ab sofort in den hausrechtlichen Status der drohenden Überschuldung eingeordnet wird. Dies hat zur Konsequenz, dass sowohl externe Einstellungen sowie Arbeitsvertragsverlängerungen nicht zulässig sind und im Ausnahmefall der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Hinsichtlich der Ausbildung im Jahr 2010 wurde bei der Kommunalaufsicht beantragt, dass 40 Ausbildungsplätze angeboten werden können, um der gesellschaftspolitischen Verpflichtung der Stadt nachkommen zu können. Herr Dr. Slawig beantwortet die Frage von Herrn Michaelis hinsichtlich der Höhe der beantragten Ausbildungsplätze dahingehend, dass eine verwaltungsinterne Abfrage diese Zahl ergeben hat und somit eine begründbare Verhandlungsposition bei der Kommunalaufsicht bietet.

Darüber hinaus weist Herr Dr. Slawig auf die ausgelegte Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht zur Bewirtschaftung des Haushaltsplan 2009 hin. Sie umfasst drei Themenbereiche, bei denen weitere politische Initiativen ergriffen werden müssten. Als erstes geht Herr Dr. Slawig auf die Investitionen im Hinblick auf die Förderprojekte der Stadterneuerungsmaßnahmen ein wie z.B. Stadtumbau West, die nicht mehr durchgeführt werden dürfen, da der haushaltsrechtliche Eigenanteil nicht mehr aufgebracht werden darf und somit unzulässig sind. Dies stellt ein Grundsatzproblem dar, da nur noch finanziell besser aufgestellte Städte Stadterneuerungsmaßnahmen durchführen dürfen. Herr Dr. Slawig führt aus, dass es hier einer Sonderregelung bedarf, welche nicht durch die Bezirksregierung sondern durch die Landesregierung herbeigeführt werden kann. Herr Stv. Reese merkt an, dass sich bereits der Strukturausschuss des Regionalrates mit der Eigenmittelaufbringung beschäftigt und an die Landesregierung herantragen wird.

Darüber hinaus berichtet Herr Dr. Slawig, dass hinsichtlich der Beförderungssperre Gespräche mit dem Innenministerium geführt werden, da ansonsten über einen nicht absehbaren Zeitraum keine Beförderungen erfolgen können. Es müsse eine Beförderungsperspektive geschaffen werden. Abschließend weist Herr Dr. Slawig auf die Aktivitäten hinsichtlich der Ausbildung hin, da das Ausbildungsangebot zwingend erhalten bleiben soll.

Des Weiteren wurde als Tischvorlage eine Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 ausgelegt. Herr Dr. Slawig erläutert, dass im Jahr 2010 eine erhöhte Schlüsselzuweisung in Höhe von rd. 14 Mio. € gegenüber 2009 erfolgen wird. Diese erhöhte Schlüsselzuweisung resultiert aus der Verschlechterung der Steuerkraft um 8 %. Hinsichtlich der Landschaftsumlage wird mit einer leichten Verbesserung gerechnet.

**14 Anhebung des Höchstbetrages der Kassenkredite
Vorlage: VO/0625/09**

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

15 Verkäufe und Baumaßnahmen

16 Allgemeine Vorlagen

**16.1 Über- und außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für 2009, Teil 2
Vorlage: VO/0572/09**

Herr Dr. Slawig erläutert auf die Frage von Herrn Stv. Zielezinski, dass sich die Beratungskosten im Rahmen des Cross Border Leasing in Höhe von 466 T € (Anlage 01 S.5 unter 40303600 Beteiligungsmanagement) ausschließlich auf die Transaktionskosten der Stadtentwässerung beziehen.. Er weist darauf hin, dass nach Abzug aller Kosten der größere Teil des Barwertvorteils der damaligen Transaktion erhalten bleibt. Darüber hinaus gibt es aktuell keine Anzeichen, die auf eine negative Entwicklung des AIG Depots hinweisen.

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung

Beschluss vom 15.09.2009:

Der Ausschuss empfiehlt Hauptausschuss und Rat gemäß Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

17 Berichte und Mitteilungen

Klaus Jürgen Reese
Vorsitzender

Sabrina Schramm
Schriftführerin